



Österreichische Gesellschaft
für Europapolitik

Was denken Österreichs SchülerInnen über die Europäische Bürgerinitiative?

90 Prozent der österreichischen SchülerInnen ab 16 Jahre planen, die Europäische Bürgerinitiative als neues politisches Mitspracherecht zu nutzen, wenn ihnen das Thema wichtig ist – selbst wenn sie politische Folgemaßnahmen für unwahrscheinlich halten.

Wien, Januar 2012

1. Hintergrund

Ab April 2012 tritt in den EU-Mitgliedsländern die Verordnung zur „**Europäischen Bürgerinitiative**“ (EBI) in Kraft.

Ab diesem Zeitpunkt kann die europäische Bevölkerung Unterschriften sammeln, um für ein Anliegen einzutreten und so Anstoß für ein neues EU-Gesetz geben. Voraussetzung dafür ist, dass insgesamt eine Million EuropäerInnen aus mindestens sieben EU-Mitgliedsstaaten ihre Unterschrift abgeben. Alle wahlberechtigten EU-BürgerInnen können sich an einer solchen EU-weiten Bürgerinitiative beteiligen.

Österreich ist das einzige Land, in dem bereits Jugendliche ab 16 Jahren durch ihre Unterschrift eine Europäische Bürgerinitiative unterstützen können.

Vor diesem Hintergrund hat die Österreichische Gesellschaft für Europapolitik im Oktober/November 2011 eine schriftliche Umfrage unter österreichweit 1296 SchülerInnen durchgeführt. Befragt wurden Jugendliche im Alter zwischen 16 und 20 Jahren aus 23 Schulen unterschiedlicher Schultypen (BG, BRG, BORG, HAK, HTL, HLW, Fachschule, Handelsschule, Berufsschule) in allen österreichischen Bundesländern.

2. Ergebnisse

Bereit zu Mitsprache, aber wenig Vertrauen in politische Umsetzung

Österreichs Jugendliche ab 16 Jahre befürworten die Einführung der Europäischen Bürgerinitiative zu insgesamt 96 Prozent.

Obwohl zwei Drittel (67 Prozent) der SchülerInnen es für unwahrscheinlich halten, dass auf eine erfolgreiche Europäische Bürgerinitiative tatsächlich gesetzgeberische Maßnahmen folgen, planen sie, die Europäische Bürgerinitiative als neues europäisches Mitspracherecht auch zu nützen: 90 Prozent wollen eine Bürgerinitiative unterschreiben, wenn ihnen das behandelte Thema wichtig ist.

Mitspracherecht auch für AltersgenossInnen in den anderen EU-Ländern

84 Prozent stimmen der Aussage zu, dass durch die Europäische Bürgerinitiative die Menschen in der EU mehr Mitspracherecht bekommen.

Dieses Recht auf mehr Mitbestimmung wünschen sich die SchülerInnen mehrheitlich (64 Prozent) auch für ihre AltersgenossInnen in anderen europäischen Ländern. Diese dürfen bekanntlich erst ab 18 Jahren eine Bürgerinitiative unterschreiben.

Fehlende Informationen zur Europäischen Bürgerinitiative

Nur etwa ein Fünftel der Befragten (22 Prozent) hat schon zuvor einmal von der Europäischen Bürgerinitiative gehört. Die Information wurde meist aus Zeitungen (9 Prozent) und dem Fernsehen (8 Prozent) entnommen. Radio (4 Prozent) und Internet (3 Prozent) spielen als Informationsquelle bisher nur eine geringe Rolle.

Jene SchülerInnen, die Bereitschaft zu politischem Engagement ausdrücken, zeigen auch eher Wissen zur Europäischen Bürgerinitiative.

Aufwand nicht zu hoch

Die Befürchtungen mancher Erwachsener teilt Österreichs Jugend nicht: Fast zwei Drittel der Jugendlichen (65 Prozent) bestreiten, dass der Aufwand des Unterschriftensammelns in sieben verschiedenen Ländern zu groß sei. Auch die in Österreich erforderliche Angabe der persönlichen ID Nummer bei einer Unterstützung der Bürgerinitiative stellt für eine überwiegende Mehrheit der SchülerInnen (62 Prozent) kein Hindernis dar.

Abschaffung der Atomkraftwerke vor Gentechnik-Verbot

89 Prozent der SchülerInnen glauben, dass eine Europäische Bürgerinitiative zur Abschaffung der Atomkraftwerke in der EU lohnenswert wäre. Je jünger die Befragten, desto mehr wird eine solche Bürgerinitiative befürwortet. Die weiblichen Befragten, die eine solche Bürgerinitiative unterstützen, sind zahlreicher als die männlichen Befragten.

Fast genauso wichtig sind den SchülerInnen die bereits geplanten Initiativen zum Verbot von Gentechnik in Nahrungsmitteln in der EU (82 Prozent) und für faire Handy-Roaming-Gebühren in der EU (78 Prozent). Eine Europäische Bürgerinitiative zu schärferen Asylregelungen wünschen sich 63 Prozent – Männer etwas häufiger als Frauen. Die EU-weite Einführung einer Finanztransaktionssteuer sowie ein europaweiter einkaufsfreier Sonntag stehen mit jeweils 37 Prozent etwas weiter unten auf der Prioritätenliste der jungen ÖsterreicherInnen. Für letzteres Thema zeigten ältere SchülerInnen sowie jene aus den Bundesländern vergleichbar mehr Interesse.

Schul- und Bildungsthemen im Vordergrund

Würden die Jugendlichen selbst ein Thema für eine Europäische Bürgerinitiative vorschlagen, so ist ein direkter Bezug zum Lebensalltag der jungen Menschen erkennbar: 59 Prozent wählen ein Thema aus dem Bereich „Schule und Bildung“. 36 Prozent votieren für Jugend-Themen, 32 Prozent für ein Thema aus dem Bereich Migration, 31 Prozent für ein Thema aus der Arbeitswelt. Dahinter rangieren Wirtschaft (24 Prozent), Sport (18 Prozent), Europa (17 Prozent), Kultur (12 Prozent) und Religion (14 Prozent).

Frauen geben in fast allen Bereichen häufiger Nennungen ab als Männer. Speziell zu Arbeits- und Migrationsthemen zeigen Frauen mehr konkrete Ideen und Änderungswünsche im Rahmen einer Europäischen Bürgerinitiative als Männer.

„Welten-Zusammenführungstage“ und die Sorge vor Schulden-Last

Die persönlichen Themen-Vorschläge der SchülerInnen für eine Europäische Bürgerinitiative zeigen, dass den Jugendlichen Information, Transparenz und Einbindung wichtig sind: Die Ideen reichen von verkleinerten und transparenteren EU-Institutionen, effizienteren EU-Informationsportalen für einen besseren Einblick in die EU bis hin zur Ernennung von JugendvertreterInnen in den EU-Institutionen als Sprachrohr für die Interessen junger EuropäerInnen.

Unter den weiteren Vorschlägen finden sich unter anderem „Welten-Zusammenführungstage“ mit VertreterInnen aus anderen Kontinenten, europaweit einheitliche Lehrpläne, politische Bildung als europaweites Unterrichtsfach, gratis SMS in ganz Europa, EU-weite Förderung von unbekannteren Sportarten, Förderung regionaler Produkte und regionaler Kultur, Maßnahmen gegen Jugendarbeitslosigkeit und mehr Zukunftsperspektiven für Jugendliche, „um uns nicht in den EU-Schulden sitzen zu lassen“.

Rückfragen:

Österreichische Gesellschaft für Europapolitik

Mag. Britta Breser

Rotenhausgasse 6/8-9

1090 Wien

Tel.: (+43-1) 533 49 99 - 18

britta.breser@oegfe.at

www.oegfe.at